

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener-Verlag
Verlags-Gesellschaft
Königsplatz 10
Telefon Nr. 10011
Schiffbaustr. 1
Königsplatz 10/11

Bezugspreis vom 1. Okt. 1928 bei halbjährlicher Zustellung für Haus 1,70 RM, für Post 1,90 RM. Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen nach Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 300 Pf., außerhalb 350 Pf., Osterhefte 30 Pf., Kautschuk Aufträge gegen Voranzahlung

Dresdener-Verlag
Königsplatz 10
Telefon Nr. 10011
Schiffbaustr. 1
Königsplatz 10/11

Schlußstrich unter die Locarnopolitik

Scharfe Ausfälle Briands gegen Deutschland

Genf, 10. Sept. In seiner großen Rede vor der Vollversammlung des Völkerbundes führte Briand nach der bereits gemeldeten Einleitung weiter aus, die russische Regierung bereite den sozialen Krieg vor, der nicht weniger furchtbar und nicht weniger blutig sein würde, und der nicht geringere Verheerungen in der Welt hervorrufen würde, als der Weltkrieg. Unter diesen Umständen sei es unmöglich, Maßnahmen zu treffen, um Europa von dieser Bedrohung gegen diese Gefahr zu entblößen. — Dann legte sich Briand

mit der deutschen Abrüstungsdebatte auseinander. Dabei fiel allgemein auf, daß er gegen Deutschland aus seinem Munde ganz ungewöhnliche und unerschrockene Worte erhob.

Reichskanzler Müller habe zweifellos recht, wenn er erkläre: daß Deutschland vollkommen entwaffnet sei, aber man müsse sich fragen, hätte man bereits vor zwei Jahren von einer völligen Abrüstung Deutschlands sprechen können? Die Erörterung des Abrüstungsproblems sei unmittelbar an die Behandlung des Sicherheitsproblems gebunden, und Fortschritte hierin hätten vielleicht in den letzten Jahren aus dem Grunde nicht erzielt werden können, weil gewisse Staaten bestimmte ihnen auferlegte Verpflichtungen nicht mit dem notwendigen guten Willen durchgeführt hätten. Die deutsche Regierung habe bekanntlich mit verschiedenen Strömungen des deutschen öffentlichen Lebens kämpfen müssen, und nicht immer folgten bekanntlich die Völker ihren Regierungen.

Die deutsche Abrüstung sei jetzt eine Tatsache und Wahrheit. Könne man jedoch im gegenwärtigen Augenblick wirklich ernsthaft behaupten, daß Deutschland völlig abgerüstet sei? Es treffe zu, daß Deutschland eine Armee von mehr als 100 000 Mann besitze. Dies sei eine Armee eigenartiger Natur, die aus Offizieren und Unteroffizieren bestünde und somit eine Kader-Armee darstelle.

Wenn hinter dieser Armee ein Volk von der Größe und den materiellen Kraftquellen und Mitteln stünde wie das deutsche Volk, dann könnten noch unzählige Menschen mobilisiert werden. Wenn man die Tatsache bedenke, daß Deutschland unmittelbar nach dem Kriege keine Handelsflotte besaß, legt aber durch seine Genialität, Beharrlichkeit und unbegrenzte Arbeitskraft und unerschöpflichen Mittel sich eine der ersten Handelsflotten der Welt geschaffen habe, dann müsse man sich fragen, ob nicht auch die gleichen Fabriken, die heute für den Frieden arbeiten, von einem Tage zum andern für den Krieg arbeiten könnten. Ohne weiteres könnten diese Fabriken, die heute Friedenszeug-

nisse herstellen, die gefährlichsten Kriegsrüstungen herstellen. Er bezweifelte nicht, daß die Mehrheit des deutschen Volkes den Krieg nicht wünsche.

Aus diesem Grunde könne in gewissen Grenzen (!) unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit eine Verabredung der Rüstungen vorgenommen werden.

Es sei nicht wahr, daß die Rüstungen der Welt sich in den letzten Jahren vergrößert hätten. Für Frankreich könne er erklären, daß im Gegenteil die Dienstpflicht und die Zahl der aktiven Truppen herabgesetzt worden sei. Briand erwähnte sodann das englisch-französische Flottenabkommen. Die Öffentlichkeit habe nur gefragt, gegen wen dieses Abkommen gerichtet sei, und habe Geheimnissen und Geheimabkommen vermutet, die hinter dem Abkommen stehen sollen. Morgen werde die Öffentlichkeit sehen, daß es sich nur um eine Vorbereitung für Vereinfachung der Abrüstungsarbeit handelte.

Sich zu Reichskanzler Müller wendend, rief Briand dann in den Saal: „Wie Ihr, so wollen auch wir die Abrüstung durch die Durchführung des Artikels 8 des Völkerbundespaktes. Wir wollen eine Maßnahme und Beschränkung der Rüstungen, die vereinbar ist mit der nationalen Sicherheit. Nach wie vor werde Frankreich eine Politik der Annäherung und des Friedens treiben.“ Briand wandte sich sodann dem

Minderheitenproblem zu und erklärte, es handle sich hierbei zweifellos um ein äußerst schwieriges Problem, dessen Lösung dem Völkerbund übertragen sei. Vor dem Kriege habe es hundert Millionen Minderheiten gegeben, deren Schicksal wahrlich nicht leicht gewesen sei und die damals keine Möglichkeit gehabt hätten, ihre Stimme zu erheben. Damals habe es noch keinen Völkerbund gegeben. Heute könnten die Minderheiten sich an den Völkerbund wenden. Heute gebe es nur zwanzig Millionen Minderheiten, aber man müsse bei der Behandlung des Minderheitenproblems achtgeben.

Unter keinen Umständen dürfe die Propaganda für die Minderheitenfrage eine Gefahr für den Frieden herbeiführen. (Starker Beifall im Saale.)

Zum Schluß erklärte Briand die Bereitschaft Frankreichs, in der dritten Kommission des Völkerbundes alles zu tun, um die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz mit Aussicht auf Erfolg zu ermöglichen, doch nur unter der Bedingung, daß die Konventionen entwürfe über die Beschränkung der Rüstungen auch wirklich durchführbar seien. — Der Beifall war, wie immer bei Briandreden, zum Schluß wieder außerordentlich stark. Die deutsche Delegation enthielt sich jeden Beifalls. Auch die Delegationen der skandinavischen Mächte nahmen an dem Beifall für Briand nicht teil. (Weitere Berichte siehe Seite 2.)

Das Rätsel der Briand-Rede

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Briands gestrige Rede in Genf hat in Berliner Regierungskreisen das größte Erstaunen hervorgerufen. Man ist über die Schärfe, mit der sich Briand gegen den Reichskanzler Müller wandte, einfach verblüfft, da man der Ansicht ist, daß die bekannten Ausführungen des Reichskanzlers keinen Grund abgeben könnten, den deutschen Reichskanzler so anzurempeln, wie es Briand getan hat. Besonders unangenehm hat es berührt, daß Briand den Reichskanzler Müller fortwährend als einen Parteimann apostrophierte und ihn wie einen Menschen zu behandeln schien, der noch gar nicht fähig sei, in Genf mitzureden. Hat dieser Ton in Berlin stark verschupst, so gilt dies in gleichem Maße von dem sachlichen Gehalt seiner Darstellung. Man bezeichnet sie in dieser Hinsicht geradezu als läppisch.

Zur Begründung für dieses Urteil weist man auf die Stellen der Briand-Rede hin, in denen gesagt wird, daß das kleine 100 000-Mann-Heer der Reichswehr den Grundstock für eine große, Frankreich gefährliche Armee und die deutsche Handelsflotte die Grundlage für eventuelle maritime Aufrüstungen Deutschlands sein könnte. Wenn man auch an Berliner Regierungskreisen erklärt, über die Gründe, die Briand zu seinem scharfen Ausfall veranlaßt haben, zunächst noch im unklaren zu sein, so verkennt man doch nicht, daß die Vermutungen, die man in den Kreisen der in Berlin vertretenen ausländischen Diplomatie ausspricht, viel für sich haben. Es wird da nämlich ganz unumwunden zum Ausdruck gebracht, daß Briand, der wisse, daß seine politische Laufbahn abgeschlossen sei, wenn er sich mit seinen außenpolitischen Auffassungen in Widerspruch zu denen des französischen Ministerpräsidenten Poincaré setze, mit seiner heutigen Rede nichts anderes bezwecke habe, als unter das Kapitel der deutsch-französischen Verständigungs- und Annäherungsversuche einen Schlußstrich zu ziehen.

Briand, so kann man in diplomatischen Kreisen hören, habe dem deutschen Außenminister Stresemann bei seinem Aufenthalt in Paris anlässlich der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben, daß Deutschland ohne weitgehende Gegenleistung nicht mit einer früheren Räumung der Rheinlande rechnen könne. Trotzdem habe sich der deutsche Reichskanzler in Genf eingelassen, mit der von Anfang an feststehenden Aufgabe, die Räumungsfrage ausgiebig zu erörtern. Das habe Briand schwer verstimmt, und der Entschluß, Deutschland zu zeigen, daß er Locarno als eine erledigte politische Episode und nicht als eine weiterwirkende politische Tatsache ansehe, habe die heute so scharfe Rede gerechtfertigt, mit der Briand auch zugleich den deutschen Sozialisten habe klar machen wollen, daß er sich als einen außerhalb der Ideologie sozialistischer Internationalisten stehenden Staatsmann betrachte.

Man wird angesichts des ganzen Verhaltens Frankreichs gegenüber Deutschland kaum daran zweifeln können, daß die ausländischen Diplomaten, die solche Vermutungen aussprechen und sie aussprechen können, weil sie die tatsächliche Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf Grund ihrer Verbindungen zu den in Berlin befindlichen französischen Stellen sehr gut kennen, damit recht haben. Jedenfalls sind ihre Beobachtungen imstande, den einzigen stichhaltigen Grund für das „Rästel der Briandrede“, von dem heute die Berliner Linkspresse spricht, aufzuzeigen. In dieser Presse versucht man sich damit zu trösten, daß Briand über Fragen, die ganz aktuell die deutsche und französische Delegation beschäftigen, nämlich die Räumungsfrage, nichts gesagt hätte. Ein schwacher Trost! Wie Briand über die Räumungsfrage denkt, das dürfte der Reichskanzler inzwischen in Genf längst erfahren haben. Briand kam es mit seinen heutigen Ausführungen eben nur darauf an, zwischen sich und der deutschen Delegation eine Barriere zu setzen. Daß dadurch auch die Besprechungen der Räumungsfrage auf das schwerste beeinträchtigt werden müssen, ist klar. Frankreich sieht jedenfalls ein, daß es bei einer Fortführung der Locarnopolitik auf weitere deutsche Opfer nicht rechnen kann und nicht daher diese Politik einfach auf. Man scheint sich in Paris zu sagen, daß man, nachdem die mehr oder weniger zarten Anspielungen bei den deutschen amtlichen Stellen nicht verfangen, zu kräftigeren Methoden greifen müsse. Unsere amtliche Außenpolitik wird sich wohl oder übel nun mit der Tatsache abzufinden haben, daß die deutsche Frankreich-Politik revisionsbedürftig geworden ist.

Berlin, 10. Sept. In den bisher vorliegenden Kommentaren der Berliner Blätter erfahren die Ausführungen des französischen Außenministers Briand vor der Genfer Völkerbundversammlung scharfe Zurückweisung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ überschreibt die Rede mit dem

Eisenbahnkatastrophe bei Brünn

Bisher 19 Tote und 45 Verletzte

Prag, 10. Sept. Das Tschecho-Slowakische Pressebüro meldet aus Brünn: In der Station Salk bei Lundenburg ist heute nachmittags um 2 Uhr der Schnellzug Prag—Wien in voller Fahrt auf einen Güterzug aufzufahren. Beide Züge wurden schwer beschädigt. Drei Personen wegen des Schnellzuges wurden zerrumpelt, ein weiterer Wagen stürzte sich quer über die Gleise. Die Zahl der Opfer läßt sich zur Stunde noch nicht genau feststellen. Die Identifizierung der Toten ist sehr schwierig, da sie teils stark verbrannt sind und bei vielen keine Personaldokumente vorhanden sind. Viele Schwerverletzte wurden ohne Feststellung der Identität so rasch als möglich in die Brüunner Krankenhäuser und nach Lundenburg gebracht.

25 Personen wurden schwer und 20 leichter verletzt. Das Unglück dürfte wahrscheinlich durch unrichtige Lage der Einfahrsweiche verursacht worden sein. Aus Lundenburg ging sofort ärztliche Hilfe an die Unglücksstelle. Auch aus Brünn ging ein Hilfszug ab. Einzelne Schwerverletzte Personen mußten mit Beilen und Sägen aus ihrer schrecklichen Lage befreit werden. Aus der Strecke liegen zahlreiche Trümmer und Gepäckstücke umher. Die Leichen wurden in das Beizhaus der Station gebracht. Nach dem Zusammenstoß herrschte in der Station eine schreckliche Panik. Frauen suchten ihre Männer und ihre Kinder. Es spielten sich unschreibliche Szenen ab.

Die Opfer

Unter den Opfern befinden sich ein Lokomotivführer, zwei höhere Eisenbahnbeamte der Deutschen Reichsbahn, ein reichsdeutscher Kaufmann, ein Aspirant der tschecho-slowakischen Staatsbahnen, ein Zugbeamter, ein Geiger und drei Personen, deren Identität bisher noch nicht festgestellt wer-

den konnte. Man nimmt an, daß unter den Trümmern des Zuges noch neun weitere Tote liegen, so daß

die Zahl der Toten mit neunzehn angenommen wird. Die Hindernisanräumungsarbeiten werden bis morgen früh vollkommen durchgeführt sein, so daß der normale Zugverkehr in den Morgenstunden wieder aufgenommen werden kann.

Die Reichsdeutschen unter den Toten

Von den Todesopfern der Katastrophe sind bis jetzt identifiziert: Albert Karger, Eisenbahnsekretär aus Wilsdorf, Elisabeth Lange, Postgehilfin aus Pönlitzsdorf, Hermann Urban aus Berlin, Anna Dibi, Ludiva bei Berlin, Josef Köhler, Reichsbahnsekretär aus Berlin. — Unter den Verletzten, die in das Sankt-Anna-Krankenhaus in Brünn übergeführt wurden, befinden sich Reisende aus Mähren und Oesterreich, aber auch einige Reichsdeutsche, und zwar Franz Wittich aus Breslau, Dr. Karl Otto, Kolberg, sowie Anton Kahlert und Marie Kahlert aus Neustadt in Oberschlesien.

Der Lokomotivführer des Schnellzuges sowie der Geiger waren sofort tot; drei der übrigen Toten waren an den Uniformen als Eisenbahner zu erkennen. Der Geiger des angefahrenen Güterzuges wurde in die Feuerung des Lokomotives hineingepreßt und erlitt furchtbare Brandwunden, denen er erlag.

Schweres Autounglück in Frankreich

Paris, 10. Sept. Auf der von St. Cyr nach Versailles führenden Straße fuhr heute abend ein Auto mit einer Stundengechwindigkeit von 120 Kilometer in eine heimkehrende, 19 Mann starke Abteilung eines Verfallener Flieger-Regiments hinein. Bis auf einen Soldaten wurden alle mehr oder weniger schwer verletzt. Der Zustand von fünf ist so ernst, daß man an ihrem Auskommen zweifelt. Der Wagenführer wurde verhaftet.